

Meldungen

Jürgen Clemens

Wirtschaftssanktionen wurden zurückgezogen

Als Frontstaat und Partnerland im Kampf gegen den Terrorismus wurden Pakistan die 1998 nach den Atombombentests auferlegten Sanktionen weitgehend erlassen und zusätzliche Finanzhilfen, Umschuldungen und Schuldenerlasse zugesagt.

So zog die Europäische Union alle Zölle auf Textilien zurück und erhöhte die Einfuhrquoten für Pakistan um 15 Prozent. Dies betrifft rund 60 Prozent aller Exporte in die EU-Staaten und der pakistanische Wirtschaftsminister Abdul Razzaq Dawood erwartet dadurch Einnahmen von 500 Millionen US-Dollar im Jahr 2002.

Kanada widmete alle Schulden Pakistans in Höhe von rund 300 Millionen US-Dollar in einen Entwicklungszuschuß um und zog die meisten der bilateralen Sanktionen zurück. Japan kündigte zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 120 Millionen US-Dollar vor allem für afghanische Flüchtlinge an, unterzeichnete die vom Pariser Club beschlossene Umschuldung von 550 Millionen US-Dollar und kündigte die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen an. Am 17.10. ordnete US-Präsident Bush Wirtschaftshilfen von 50 Millionen US-Dollar an. Zusätzlich versprachen die USA sich für neue Kredittranchen bei Weltbank, Internationalem Währungsfond und Asiatischer Entwicklungsbank einzusetzen. Am 20.10. wurden Pakistan nach Angaben von Finanzminister Shaukat Aziz über die 600 Millionen US-Dollar für afghanische Flüchtlinge weitere 800 Millionen US-Dollar als sofortiger Zuschuß zugesagt. Darüber hinaus wurde am 30.10. von Präsident Bush verfügt, daß die Wirtschaftssanktionen zurückzunehmen sind, um für die nächsten beiden Jahre die Wirtschafts- und Rüstungshilfe für Pakistan zu ermöglichen.

Verschuldung auf Rekordhoch

Nach jüngsten Angaben haben sich die pakistanischen Auslandsschulden in den

letzten acht bis zehn Jahren auf rund 43 Milliarden US-Dollar addiert, wovon 12,5 Milliarden einzelnen Staaten und 15,4 Milliarden US-Dollar Weltbank, Internationalem Währungsfond und Asiatischer Entwicklungsbank, geschuldet werden. Für das Haushaltsjahr mit einem Budget von insgesamt rund 752 Milliarden Rupien belaufen sich die Zins- und Tilgungszahlungen auf 329 Milliarden Rupien, das sind nahezu 44 Prozent der Staatsausgaben. Das Land schuldet Japan fünf Milliarden US-Dollar, den USA drei Milliarden US-Dollar, Frankreich und Deutschland jeweils eine Milliarde US-Dollar.

Wirtschaftliche Auswirkungen des 11. September

Unmittelbar nach dem Flugzeugattentat in den USA brach der Börsenhandel in Karachi zusammen – in den drei letzten Handelstagen sank der Börsenindex um 115 auf 1139 Punkte. Aufgrund der Kapitalverluste in Höhe von 26 Milliarden Rupien setzte die Regierung den Handel an allen Börsen für zunächst drei Tage und später für insgesamt eine Woche aus.

Im Verlauf des Septembers wurden mehrere internationale Aufträge zurückgezogen, so daß zwischen dem 11.9. und 11.11.2001 die Exporteinnahmen um 21 Prozent zurückgingen – die Exporteinbußen werden auf bis zu 1,4 Milliarden US-Dollar geschätzt. Allein durch Kriegsrisikoaufschläge ausländischer Reeder verlor die pakistanische Wirtschaft nach Schätzungen in zwei Monaten rund 55 Millionen US-Dollar – ein Aufschlag der in Pakistan auf Unverständnis stieß, da keinerlei Seekriegshandlungen erfolgten. Zusätzlich fließen der Staatskasse aufgrund reduzierter Einfuhren weniger Einnahmen aus Importzöllen zu.

Im Verlauf der ersten fünf Monate des aktuellen Haushaltsjahres erreichte das Handelsbilanzdefizit bereits die Höhe von 434 Millionen US-Dollar, während für das gesamte Haushaltsjahr insgesamt ein Saldo von 900 Millionen US-Dollar

erwartet wird. Mittlerweile gehen die Wirtschaftsplaner davon aus, daß weder die Export- noch die Importschätzungen erreicht werden können. Von den Wirtschaftseinbußen ist insbesondere der Tourismus und die Hotelindustrie betroffen. Außer den Luxushotels in Islamabad, Rawalpindi und Peshawar, von wo aus die aktuelle Medienberichterstattung überwiegend erfolgt, ging die Hotelauslastung auf Werte von 15 bis 20 Prozent zurück. Die „Pakistan Hotels Association“ rechnet ansonsten mit Auslastungen zwischen 60 und 70 Prozent.

Jahresbericht der Staatsbank Pakistans

Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse und der unmittelbaren Betroffenheit Pakistans von den Angriffen auf Afghanistan, stellt der Jahresbericht der pakistanischen Staatsbank vor allem den labilen Entwicklungsstand – die Verwundbarkeit – der pakistanischen Wirtschaft in den Vordergrund. Kurzfristig wird von folgenden negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft ausgegangen: (1) erhöhte Frachtpreise und Kriegsrisikoaufschläge belasten den Außenhandel, (2) Einstellung von Frachtflügen, (3) höhere Lagerbestände in der Industrie, (4) Abwandern ausländischer Spezialisten und Rückgänge der Auslandsbesucher.

Im Finanzjahr 2000-2001 blieb die Inflation mit 2,5 Prozent auf einem niedrigen Niveau und im aktuellen Quartal kam es zu einem Anstieg der Währungsreserven auf ein bisheriges Rekordhoch.

Am 20.10.2001 senkte die Staatsbank den Diskontsatz zum dritten Mal im laufenden Finanzjahr, diesmal um zwei Prozentpunkte. Diese Maßnahme soll das Wirtschaftswachstum, das im Vorjahr mit 2,6 Prozent unter den Erwartungen von 4,5 Prozent verblieb, fördern.

Umschuldungserfolge beim Pariser Club

„Wir bewerten die heutige Zusage als Angebot an Pakistan, einen anständigen Ausweg aus der externen Schuldenpro-

blematik und hin zur Nachhaltigkeit zu nehmen“ - mit diesen schon fast überschwenglichen Worten kommentiert Finanzminister Shaukat Aziz die in der Höhe unerwartete Entscheidung der Geber über eine langfristige Umschuldung für Pakistan.

Insgesamt werden zwölf Milliarden US-Dollar über eine Laufzeit von bis zu 38 Jahren umgeschuldet. Zu zwei Dritteln betrifft dies Vorzugskredite, welche nun erst nach einer tilgungsfreien Zeit von 15 Jahren über 38 Jahre zurückgezahlt werden brauchen. Für die übrigen kommerziellen Kredite betragen die Fristen fünf beziehungsweise 23 Jahre. Das gesamte Umschuldungspaket wird nach ersten pakistanischen Schätzungen eine Entlastung um 30 Prozent der Schuldenlast bewirken. Gegenüber vorherigen Umschuldungen wird nun das gesamte pakistanische Schuldenpaket in Angriff genommen und zusätzlich sind die Rückzahlungsbedingungen für kommerzielle Kredite nahezu doppelt so günstig wie in den früheren Programmen. Nach Ägypten, Polen und Jugoslawien ist Pakistan das vierte Land, welchem ein derart umfassendes Angebot unterbreitet wird.

„Nun wird unsere Liquidität deutlich verbessert werden und wir in der Lage sein, uns den vernachlässigten Sozialbereichen zu widmen“ führte Aziz aus.

Währungsfonds-Zusagen

Der Internationale Währungsfond wird Pakistan in einem Drei-Jahresprogramm Kredite in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar zur Armutsbekämpfung zuteilen. Hierbei wurde die Quote von normalerweise 60 Prozent auf 100 Prozent der Sonderziehungsrechte aufgestockt. Entsprechend der Entscheidung des Exekutivrates kann Pakistan die erste Tranche von 109 Millionen US-Dollar sofort abrufen. Die Kredite der *Poverty Reduction and Growth Facility* (PRGF) werden mit 0,5 Prozent verzinst und zehn Jahre getilgt. Nach Einschätzung der pakistanischen Botschaft in den USA ist diese Entscheidung als Anerkennung der wirtschaftspolitischen Leistungen der aktuellen Regierung zu werten.

Mit der Währungsfond-Zusage wurde der pakistanischen Regierung zudem mit 5,7 statt ursprünglich 4,9 beziehungsweise 5,3 Prozent ein höheres Haushaltsdefizit zugestanden. Diese zweimalige Anhebung des tolerierten Defizites wird als Stimulanz für zusätzliche Maß-

nahmen für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung interpretiert. Hierzu wird erwartet, daß die Regierung die Eigenmittel für das „Kushal-Pakistan-Programm“ aufstocken wird, um dieses Entgegenkommen zu rechtfertigen.

Alle vorherigen Finanzprogramme des Währungsfonds setzten ein Haushaltsdefizit von vier Prozent fest – da dies jedoch in keinem Haushaltsjahr eingehalten wurde, konnte auch keines der Währungsfondsprogramme erfolgreich abgeschlossen werden. Einzig das jüngste sogenannte „Standby Agreement“, das mit 596 Millionen US-Dollar am 30.9.2001 auslief, war ein Erfolg.

Deutsche Finanzausgaben

Am 6.12.2001 entschied die deutsche Bundesregierung über insgesamt 300 Millionen Mark als Hilfeleistungen für Pakistan. Darunter sind Schuldenlase von jeweils 50 Millionen Mark in 2001 und 2002, neue Zuschüsse in Höhe von 75 Millionen Mark sowie 110 Millionen Mark für Anpassung früherer Unterstützungsprogramme.

Kurz darauf sagte die Bundesregierung als Anerkennung der besonderen Rolle Pakistans im Kampf gegen den Terrorismus sowie wegen der zusätzlichen Belastungen nach der Immigration weiterer afghanischer Flüchtlinge eine zusätzliche Finanzhilfe von 50 Millionen Mark zu. Diese Gelder sollen vor allem im Norden und Nordwesten Pakistans für Schulen in Flüchtlingslager, für die Nutzung regenerativer Energie sowie für besondere Frauenprojekte eingesetzt werden.

Noch im November wurde der neue Botschafter Deutschlands in der pakistanischen Presse mit eher pessimistischen Einschätzungen zitiert. Es seien in Pakistan keine förderwürdigen Projekte vorhanden, um den Mittelabfluß der bisherigen deutschen Finanzausgaben zu beginnen. Besondere Probleme erkannte Botschafter Brummer bei der Projektdurchführung, nicht jedoch bei den bereitstehenden deutschen Mitteln, die vor allem in den Bereichen Energie, Gesundheit und Bildung eingesetzt werden sollten.

UNDP stockt Finanzmittel auf

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stockte nach pakistanischen Pressemeldungen die Fi-

nanzzusagen von 63 auf 168 Millionen US-Dollar auf. Deren Bekanntgabe durch den Vertreter des UNDP in Islamabad war begleitet von lobenden Worten zu Verbesserungen in den Bereichen der Regierungstätigkeit (*good governance*) sowie in den Sektoren Gesundheitsvorsorge, Bildung und Bevölkerungsplanung.

Finanzminister Shaukat Aziz ergänzte, daß die bereitgestellten Haushaltsmittel für das „Kushal Pakistan Programme“ von sieben auf 15 Milliarden Rupien, für Bildung und für Gesundheitsvorsorge jeweils von 2,5 auf 4,5 Milliarden Rupien erhöht wurden, um zusätzliche Zuwendungen der Geberorganisationen zu ermöglichen.

Rupie gewinnt gegenüber dem Dollar

Infolge der Angriffe auf Afghanistan gewann die pakistanische Rupie gegenüber dem US-Dollar. Zudem glichen sich die Tauschkurse der Staatsbank und des freien Marktes an: Der offizielle Kurs lag am 31.10.2001 bei 61,55/61,45 gegenüber dem freien Kurs von 61,45 Rupien je US-Dollar.

Diese Kursgewinne gehen nicht auf wirtschaftliche Entwicklungsfortschritte zurück, sondern spiegeln die aktuelle politische Lage wider. Nach Pressemitteilungen fließen dem Finanzmarkt zusätzliche Hilfs- und Rüstungshilfen aus dem Ausland zu. Zudem werden wegen der unsicheren Lage Panikverkäufe von US-Dollars im Inland vermutet.

Der drastische Nachfragerückgang nach US-Dollars wird von hochrangigen Finanzbeamten unter anderem auf Kontrollen des Afghanistan-Transithandels zurückgeführt, der bislang vorwiegend mit „informellen“ Geldern abgewickelt worden sei. Darüber hinaus transferieren seit dem 11.9.2001 immer weniger reiche Pakistani ihr Geld auf Auslandskonten. Börsenbeobachter ergänzten, daß nach dem Erlaß der Vereinigten Arabischen Emirate über die Anzeigepflicht aller Beträge über 10.000 US-Dollar die informellen Zahlungen über das *Hawala*- und *Hundi*-System drastische Einbußen erlitten hätten.

Zudem fließen Auslandsüberweisungen vermehrt über den offiziellen Bankhandel nach Pakistan, nachdem die USA und einige Golfstaaten Maßnahmen gegen die Finanzierung der al Qaida und anderer Organisationen sowie gegen die

Schwarzgeldwäsche eingeführt hatten. Mittlerweile erlauben Filialen pakistanscher Banken in den USA keine Bareinzahlungen mehr für Überweisungen ins Heimatland, da US-Auflagen die vollständige Identität der Auftraggeber verlangen.

Währungsreserven auf Rekordhoch

Die Währungsreserven Pakistans erreichten im Dezember den Höchstwert von 4,456 Milliarden US-Dollar gegenüber 3,3 Milliarden US-Dollar Ende September. Der Anteil der Staatsbank daran beträgt rund 2,84 Milliarden US-Dollar, nach dem sie im Inland in großem Umfang Dollars aufgekauft hatte und der Staatskasse zudem aus einem US-amerikanischen Hilfsprogramm 600 Millionen US-Dollar überwiesen worden sind.

Auslandsüberweisungen auf Rekordhoch

Die Rücküberweisungen von Übersee-Pakistani stiegen in den ersten vier Monaten des aktuellen Finanzjahres auf 450 Millionen US-Dollar gegenüber 311 Millionen US-Dollar im Vorjahr. Nach Angaben aus Bankkreisen erfolgte der Anstieg vor allem im Oktober. Jährlich senden die mehr als 3,5 Millionen Übersee-pakistani zwischen sieben und acht Milliarden US-Dollar in ihr Heimatland. Davon flossen bislang nur rund eine Milliarde per Banküberweisung und der große Rest wurde über informelle Wege und Geldwechsler (*bundiwalas*) transferiert. Nach den Exporten sind diese Rücküberweisungen die zweitgrößte Devisenquelle Pakistans.

Afghanistan-Transithandel steht still

Die Ausfuhr nach Afghanistan kam erst nach dem 12.11.2001 vollständig zum Erliegen, nachdem die von Pakistan bis zuletzt anerkannte Taliban-Regierung in Kabul fiel und Pakistan die Vereinigte Front nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkannte. Auf Anordnung der Bundesregierung in Islamabad vom 13.11.2001 kam der Transithandel jedoch zum Stillstand nachdem vom 1. bis 12.11.2001 noch Waren im Wert von 150 Millionen Rupien nach den Regeln des Transithandelsabkommens ausgeführt

worden waren. Dies waren unter anderem Decken, landwirtschaftliche Maschinen, Töpferwaren, Nähmaschinen, Schmierstoffe, Medizin und Hygieneartikel sowie Tee und Zucker.

Der Stillstand wird offiziell damit begründet, daß Pakistan die Nordallianz nicht als Regierung anerkennt und somit offizielle Ansprechpartner in Kabul fehlten. In den ersten fünf Monaten des laufenden Finanzjahres wurden insgesamt Waren im Wert von über 2,9 Milliarden Rupien nach Afghanistan ausgeführt. Im selben Zeitraum blieben die Einnahmen aus Importzöllen und -abgaben aus Afghanistan an der Grenzstation Torkham trotz der Krise gegenüber der Vorjahresperiode - mit 56 Millionen Rupien stabil. Eingeführt wurden unter anderem Frischobst wie Trauben und Granatäpfel oder auch Trockenfrüchte.

UNHCR alarmiert wegen Spannungen in den Stammesgebieten

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) meldete Anfang Dezember nach dem Massenexodus der gefangenen Taliban in Mazar-i Sharif seine ernste Besorgnis wegen zunehmender Spannungen in Stammesgebieten entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze. Konkret wurden Rachemaßnahmen befürchtet, da aus den Stammesgebieten stammende Talibankämpfer in Mazar-i Sharif zu Tode gekommen waren. Mitarbeiter des UNHCR begannen daraufhin nicht-paschtunischen Flüchtlinge aus den paschtunischen Stammesgebieten in Nachbarregionen anzusiedeln, die von pakistanischen Stellen als sicher eingestuft werden.

Pakistanisch-iranische Pläne zum Bau einer Gas-Pipeline

Nach der Einrichtung einer technischen Kommission zwischen dem Iran und Indien zur Untersuchung der Machbarkeit einer Erdgas-Pipeline wurde nunmehr eine entsprechende Absichtserklärung zwischen dem Iran und Pakistan beschlossen. Entsprechend den zwischenzeitlich verworfenen Plänen der 1990er Jahre soll später Erdgas vom Iran durch Pakistan nach Indien geliefert werden. Hieraus werden in Pakistan zusätzliche Staatseinnahmen erwartet, während kritische Stimmen jedoch befürchten, daß die Profite ins Ausland abfließen könnten - sie fordern für die tatsächliche

Projektumsetzung die umfassende Beteiligung pakistanischer Unternehmen.

Blockade des Karakoram Highway

Ende Oktober wurde der „Karakoram Highway“, die einzige Allwetterstraße in die „Northern Areas“ und zugleich die einzige Landverbindung nach China sowie die wichtigste Versorgungsrouten für die pakistanischen Truppen entlang der kaschmirischen Kontrolllinie (*line of control*), für die Dauer von elf Tagen an mehreren Stellen durch bewaffnete Gruppen blockiert. Nach Presseberichten protestierten mit diesen Blockaden nach einem Aufruf der *Majlis-i-Ulema* mehr als 3.000 Bewaffnete in Kohistan und bei Chilas gegen die pakistanische Regierung und den US-Einsatz gegen Afghanistan. Zwischenzeitlich wurde der Führer der *Tebrik Nifaz-i-Shariah Muhammadi* (TNSM), Maulana Sufi Mohammad, durch die pakistanischen Behörden zu Verhandlungen an den Blockaden bestellt, wohl auch, um seine unmittelbare Unterstützung der zeitgleichen Märsche von bewaffneten TNSM-Gruppen zur Unterstützung der Taliban zu unterbinden.

Nach widersprüchlichen Meldungen sollten die Highway-Blockaden nach sechs Tagen wieder aufgehoben worden sein. Doch konnten einzig jene Gruppen passieren, welche vom Norden zum Jahrestreffen der *Tablighee Jamaat* in Raiwind reisten. Die schon bereitgestellten Räumfahrzeuge der Armee, welche die Straße von den während der Blockade abgesprengten Erd- und Felsmassen befreien sollten, kamen nicht zum Einsatz. Vielmehr wurde in Chilas zusätzlich ein Rollfeld besetzt, welches von der pakistanischen Luftwaffe und Luftfahrtgesellschaft (PIA) als Notlandeplatz vorgehalten wird. Die Protestierer vor Ort wollten mit dieser Aktion nach Pressemitteilungen verhindern, daß auch von dort Luftangriffe auf Afghanistan unternommen werden könnten.

Mit der Andauer der Blockaden spitzte sich die Versorgungslage in den „Northern Areas“ zu. Zwar wurden noch keine absoluten Versorgungsnotfälle bekannt, doch schnellten die Preise für Lebensmittel und Versorgungsgüter, wie Treibstoffe, in die Höhe.

Bei Gilgit blieben hunderte von Lastkraftwagen liegen, darunter auch 39 Containertransporte mit chinesischen Hilfslieferungen für Afghanistan. Für die Be-

völkerung der „Northern Areas“ sind Highway-Blockaden durch Erdbeben und durch bewaffnete Gruppen ein nahezu permanentes Ärgernis und sie fordern den baldigen Bau von zusätzlichen Straßen, welche die Stammesgebiete umgehen sowie den baldigen Ausbau des Flughafens in Gilgit. Ausbauarbeiten entlang der kürzeren Babusar-Route wurden in den letzten Jahren begonnen und nach Pressemeldungen in Gilgit schon Grundstücksentschädigungen für den Flughafen ausbezahlt, ohne daß jedoch schon Baumaßnahmen begonnen wurden. Im weiter östlich gelegenen Skardu, dem Hauptort Baltistans und „Hinterland“ für die Operationen am Siachen-Gletscher oder rund um Kargil, wurden Forderungen nach einem zusätzlichen Vorratslager für Treibstoffe laut, da diese periphere Region besonders hart von solchen Blockaden betroffen ist.

Chinesisch-pakistanische Landesgrenze geschlossen

Infolge der Bombardierungen in Afghanistan wurde am 9.10.2001 der Grenzverkehr entlang des „Karakoram Highway“ auf chinesischer Seite geschlossen. Nachdem zwischenzeitlich rund 116 Lastkraftwagen mit dem Ziel Pakistan im chinesischen Urumqi festsaßen, beschloß eine bilaterale Kommission die Öffnung der einzigen Landesgrenze der beiden Staaten einzig für den Güterverkehr.

Zoll-Güterumschlagsstation an chinesisch-pakistanischer Grenze beschlossen

Zur Verbesserung des Warenumschlags, zur Förderung des bilateralen Handels und zur Eindämmung des Schmuggels und Schwarzhandels wurde der Bau einer Umschlagsstation, dem „Silk Route Customs Port“, am pakistanischen Grenzposten Sost am „Karakoram Highway“ beschlossen. In Sost, etwa 200 bis 250 Kilometer nördlich von Gilgit und rund 50 Kilometer vor dem Khunjerab Pass, der tatsächlichen Grenze in rund 4700 Meter Meereshöhe, werden die Waren bislang im Freien von chinesischen auf pakistanische Lastkraftwagen umgeladen. Pakistanische Händler beschwerten sich schon vor Jahren, daß dabei Waren verderben oder Schaden nehmen. Sie setzten sich vor etwa vier Jahren mit Unterstützung des

zuständigen Bundesministers in Islamabad für den Bau eines sogenannten „Dry Port“ nahe Gilgit ein und ließen ein Gelände bebauen, welches mittlerweile jedoch aufgrund von Grundstücksstreitigkeiten als Bauruine brach liegt.

Abkommen zur Indus-Wasserverteilung annulliert

Nach der turnusmäßigen Übernahme des Vorsitzes der *Indus River System Authority* (IRSA) durch einen Delegierten aus dem Sindh wurde die interministerielle Komiteeentscheidung von 1994 über die Wasserverteilung zwischen den Provinzen aufgehoben. Ein entsprechender Beschluß wurde schon im Oktober 2000 vom *Chief Executive* Musharraf erlassen, doch durch den vorherigen IRSA-Vorsitzenden aus dem Punjab nicht umgesetzt. Politiker und Bauernverbände aus dem Punjab setzten sich weiterhin gerichtlich für die Verfügung von 1994 ein, so daß ein Ende des Streites um die Aufteilung des Induswassers noch nicht abzusehen ist. Streitpunkte sind hierbei vor allem die Bemessungswerte des durchschnittlichen Abflusses sowie die Wasserverteilung in Trockenzeiten. Insbesondere die Unterlieger im Sindh sind wiederholt mit drastischen Wasserknappheiten konfrontiert, wenn die Oberlieger auch in Mangelzeiten ihre normalen Anteile an Bewässerungswasser aus dem Flußsystem ableiten.

Mangla Damm für 62 Tage gesperrt

Wegen einer mehr als 50-prozentigen Wasserknappheit wird für die Dauer von 62 Tagen kein Wasser aus dem Mangla Damm für Bewässerungszwecke und Stromerzeugung abgelassen. Die entsprechenden Zeiten sind vom 21. bis 31.10.2001, vom 1. bis 31.1.2002 sowie vom 20. bis 31.3.2002. Von diesen Maßnahmen ist neben der Landwirtschaft vor allem die Stromerzeugung betroffen, welche alternativ durch teurere Öl- und Gaskraftwerke ersetzt werden muß. In der letzten Oktoberwoche wurden jedoch rund 5.000 cusecs (Kubikmeter pro Sekunde) Wasser einzig zu Bewässerungszwecken abgelassen, während die Kraftwerksturbinen des Mangla Damms rund 45.000 cusecs benötigen und der Maximumdurchlaß des Stauwerkes bei 50.000 cusecs liegt.

Wiederaufflammen von kommunistischen Konflikten

Im Schatten der US-amerikanischen Terrorismusbekämpfung kam es in Pakistan erneut zu Morden zwischen Sunniten und Schiiten sowie zu Angriffen auf Christen. So wurden im Oktober in Karachi sechs Männer beim Verlassen einer schiitischen Moschee erschossen und kurze Zeit später wurden offensichtlich als Racheakt vier Menschen vor einer sunnitischen Religionsschule erschossen. Weitere tödliche Überfälle auf Schiiten erfolgten in Teilen Karachis sowie im Punjab. In pakistanischen Medien haben diese wiederholten Morde zwischen den beiden muslimischen Sekten mittlerweile an Schlagzeilencharakter verloren. Demgegenüber hat das Massaker vom 28.10.2001 an 17 Christen im punjabischen Bahawalpur für Aufsehen gesorgt. Als Urheber dieser Tat wird in den Medien jedoch der indische Geheimdienst RAW nicht ausgeschlossen.

Solidaritätsfasten der Christen

Nach einem entsprechenden Aufruf von Papst Johannes Paul II kündigten Vertreter aller christlichen Glaubensgemeinschaften in Karachi an, daß am letzten Freitag der muslimischen Fastenzeit Ramazan (juma tul wida) auch die Christen als Ausdruck ihrer Solidarität mit den muslimischen Mitbürgern fasten werden.

Gesetz gegen Geldwäsche angekündigt

Aufgrund von internationalem Druck legte eine kurzfristig einberufene Sonderarbeitsgruppe Vorschläge zur Eindämmung der Geldwäsche und des Schwarzmarktes vor. Besonderer Wert wird auf die Dokumentation von Geldgeschäften gelegt. Hiervon werden vor allem kommerzielle Geldwechselstuben betroffen sein, für welche ein besondere Unternehmensform vorgesehen ist.

Weizenpreise im Ramazan gesplittet

Für die Zeit der muslimischen Fastenperiode Ramazan wurden im Punjab die Weizenpreise für unterschiedliche Einkommensgruppen gesplittet. Auf dem freien Markt wird Weizenmehl („ata“) für 189 Rupien pro 20-Kilogramm-Sack

verkauft, während dieselbe Menge auf den Ramazan- und Familien-Märkten für 169 Rupien verkauft wird. Zusätzlich werden mit Mehl beladene Lastkraftwagen im Auftrag der Lokalverwaltungen in die Wohngebiete der Niedrigverdiener fahren und dort Mehlsäcke zu 149 Rupien verkaufen. Für diese Subventionen stellt die Regierung des Punjab 88 Millionen Rupien zur Verfügung.

Grundwasserspiegel in Islamabad sinkt

Laut aktuellen hydrologischen Vergleichsmessungen sank der Grundwasserspiegel rund um die pakistanische Hauptstadt seit 1986 teilweise um bis zu 25 Meter. Derzeit steht das Grundwasser in zehn Testbrunnen in Tiefen zwischen 9,8 und 37,1 Meter an – im benachbarten Rawalpindi, wo jedoch keine Vergleichsmessungen für 1986 vorliegen, liegt der Grundwasserspiegel bei bis zu 52 Metern Tiefe.

35 Prozent leben unter der Armutsgrenze

Nach dem jüngsten *Human Development Report South Asia* des *Mahbub ul Haq Human Development Centre* in Islamabad stieg der Bevölkerungsanteil unter der Armutsgrenze von 21 Prozent (1990-91) auf derzeit 35 Prozent (1998-99). Diese negative Entwicklung wird auf sich verschlechternde makro-ökonomische Faktoren zurückgeführt wie der lang andauernde Rückgang der Überseeüberweisungen pakistanischer Gastarbeiter, die hohe Arbeitslosigkeit im Inland sowie das niedrige Wirtschaftswachstum – Faktoren die vor allem auf die innenpolitische Instabilität und ungenügende Regierungsführung zurückgeführt werden.

Gegenüber diesem Negativtrend in den 1990er Jahren nahm nach dem Bericht die Armut zwischen 1980 und 1987-88 in ländlichen und städtischen Regionen deutlich ab, nachdem durch staatliche und religiöse Programme eine gewisse soziale Sicherung eingerichtet wurde und parallel hierzu Gastarbeiterüberweisungen zunahmen.

Daten zur Armutsgrenze umstritten

Laut einem Bericht eines pakistanischen Demographen fehlen verlässliche offizielle Daten zum Umfang der Armut,

so daß keine sicheren Trendanalysen erstellt werden können. Fallstudien auf Basis von Haushaltsbefragungen hatten in den 1990er Jahren oftmals unterschiedliche Grenzwerte benutzt. Auch ausgehend vom Minimumbedarf der Menschen an Lebensmitteln als „Wohlfahrtsindikator“ ergaben sich wiederholt Diskrepanzen zwischen solchen Haushaltsuntersuchungen.

Sinken der Fruchtbarkeitsrate

Nach Ergebnissen des *Pakistan Reproductive Health and Family Planning Survey 2000-1* ging die durchschnittliche Fruchtbarkeitsrate von 5,8 auf nun 4,8 Kinder zurück. Die Stichprobenerhebung unter rund 6.860 Frauen zeigt zudem, daß etwa 28 Prozent der verheirateten Frauen Verhütungsmittel verwenden – ein signifikanter Anstieg um sechs Prozent innerhalb von vier Jahren. Hierbei liegt die Anwenderinnenrate in städtischen Gebieten jedoch nahezu doppelt so hoch wie in ländlichen Regionen.

Bevölkerungswachstum in Abhängigkeit von der Alphabetisierungsquote

In einer Untersuchung beklagt die pakistanische Nichtregierungsorganisation *Health and Nutrition Development Society* daß im Staatshaushalt kaum mehr als zwei Prozent des Budgets für Bildungsmaßnahmen vorgesehen sind, entgegen den Empfehlungen der Vereinten Nationen von sieben Prozent. Vor dem Hintergrund eines Bevölkerungswachstums von 2,4 Prozent pro Jahr und einem Bevölkerungsanteil der unter 18-Jährigen von etwa 47 Prozent wird eine effiziente und pragmatische Wohlfahrtspolitik eingefordert. Ansatzpunkt müsse vor allem die Schulbildung sein: So falle die Schulbesucherquote der Erstkläßler von 84 Prozent (99 % bei Jungen und 69 % bei Mädchen) unter Fünftkläßlern auf 50 Prozent.

Hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit

Pakistan weist weltweit die zweithöchste Quote der Säuglingssterblichkeit auf. Nach einem Bericht der Organisation *Save the Children* konnte die Säuglingssterblichkeit jedoch trotz der schlechten wirtschaftlichen und politischen Ent-

wicklungstrends von 139 auf 91 Todesfälle im ersten Lebensjahr je 1.000 Lebendgeburten gesenkt werden. Rund 60 Prozent dieser Todesfälle ereignen sich innerhalb der ersten Lebenswoche und etwa ein Viertel aller Neugeborenen ist untergewichtig. Nach Daten aus Krankenhäusern ist zudem für die vergangenen vierzig Jahre kein Rückgang der Müttersterblichkeit festzustellen. Demgegenüber stieg die Lebenserwartung für Männer um sieben, für Frauen um neun Jahre.

Eine nahezu zeitgleich publizierte Studie des *Pakistan Institute for Development Economics* (PIDE) stellt jedoch einen aktuellen Anstieg der Säuglingssterblichkeit von 91 (1985-90) auf 111 je 1.000 Lebendgeburten (1999-2000) fest. Dieser Anstieg wird unter anderem auf Kaufkraftverluste der Bevölkerung infolge der internationalen Strukturanpassungsprogramme zurückgeführt. Somit wird die erhöhte Säuglings- und Kindersterblichkeit als zusätzlicher Beleg für die zunehmende Armut im Land gewertet.

Bundesminister dankt ab

Osmar Asghar Khan, der Bundesminister für Arbeit und Überseepakistaner, reichte am 11.12.2001 sein Rücktrittsgesuch ein. Nach offiziellen Berichten dankte der frühere prominente Aktivist einer großen Nichtregierungsorganisation aus persönlichen Gründen ab, um seinen sozialen Aktivitäten weiter nachkommen zu können. Ihm nahestehende Beobachter verweisen nach Pressemitteilungen jedoch auf Omars Pläne, sich der nächsten Wahl zur Nationalversammlung stellen und hierzu auch eine eigene Partei gründen zu wollen. Präsident Musharraf betonte die besonderen Leistungen Omars in Bezug auf die Arbeiter, zur besseren Integration von Übersee-Pakistaner in den politischen Diskurs sowie in Umweltfragen.